

Argumente zur Bundestagswahl

Warum die Linkspartei wählen?

Seit nun fast 25 Jahren haben Arbeiter, Angestellte, Erwerbslose, Schüler, Studenten, Rentner - egal ob Mann oder Frau - alle vier Jahre die gleiche Qual der Wahl. Was tun? Wo das Kreuzchen machen? Wem die Stimme geben? Und warum soll ich Links wählen, wenn ich mich nicht als Linke/r fühle?

Nach 16 Jahren Kohl-Regierung erwarteten viele Menschen von Rot-Grün einen Politikwechsel hin zu mehr Arbeit, mehr Frieden und mehr sozialer Gerechtigkeit, weg vom Club Der Unternehmer (CDU).

Nach nur 7 Jahren Schröder-Regierung sind alle Hoffnungen dahin. Rot-Grün brachte keine wesentlich andere Politik, sondern nur eine andere Verpackung. Die Reichen wurden noch reicher gemacht. Auf Kosten der Armen und der arbeitenden Bevölkerung. Die Gewinne der Banken, Versicherungen, Energiekonzerne explodierten. Und mit ihnen die Arbeitslosenzahlen. Alle sollen mehr arbeiten für weniger Geld. Und mit weniger Schutzrechten, weniger Demokratie. Mit einer nie gekannten Privatisierungswelle soll aus allen Lebensbereichen eine Profitquelle für das Großkapital gemacht werden: Gesundheit, Rentenvorsorge, Bildung, Kultur. ... Menschen, ihre Rechte und Bedürfnisse werden zu Kostenfaktoren degradiert.

Es ist offensichtlich: Nicht um „Reform“ und Umbau des Sozialstaates geht es der Allparteien-Koalition. Kapital und Kabinett wollen den Abriss. Und die uneingeschränkte Kapitalmacht. Heuern und feuern, schalten und walten nach Gutsherrenart und zwar weltweit. Von Frau Merkels „Kompetenz-Team“ ist nur zu erwarten, dass alles viel schneller noch viel schlimmer wird. Denn es bleibt ein Märchen, dass es uns allen besser geht, wenn es

den Unternehmern nur besser geht.

Kritik der Betroffenen dieser Politik, Demonstrationen und Widerstand von Belegschaften und Gewerkschaftern gegen Hartz IV, Agenda 2010, Arbeitsplatzvernichtung, Sozialkahlschlag und Kriegseinsätze der Bundeswehr finden kein Gehör im Bundestag und in den Chefetagen der Konzerne. Sie wurden und werden mit der Arroganz der Mächtigen vom

**Wer den
Reichen
nichts nimmt,
kann den
Armen
nichts geben.**

**Die Linkspartei wählen.
DKP**

Tisch gewischt. Zu viele gehen deshalb schon gar nicht mehr wählen - weil sie keine echte Wahl haben und weil sich für sie sowieso nichts zum Guten ändert.

Klar - das sind sehr verkürzte Schlagworte. Aber sie lassen sich alle im Alltag mit Fakten beweisen. Und manchmal genügt ein Blick ins eigene Portemonnaie.

Der wichtigste Grund, warum die Linkspartei in den Bundestag gehört, ist darum: **Die Opfer der „neoliberal“ ge-**

nannten Politik hätten dann endlich wieder eine hörbare Stimme im Bundestag, eine Kraft, die den Namen Opposition wirklich verdient. Damit endlich Schluss gemacht wird mit der Lüge, es gäbe keine Alternativen zur herrschenden Politik! Es gibt sie! Die Linkspartei und ihre Partner haben welche! (*) Und sie sind finanzierbar! Auch die Medien werden mit einer starken Fraktion der Linkspartei im Bundestag wieder ganz normal über solche Alternativen berichten müssen.

Ein zweiter Grund: Auf den Listen der Linkspartei kandidieren kompetente KandidatInnen aus unterschiedlichen Parteien, aus sozialen Bewegungen, Betriebsräte, Globalisierungskritiker, Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten und Parteilose aus Ost- und Westdeutschland. Sie haben recht unterschiedliche Erfahrungen und zu vielen Fragen auch unterschiedliche Auffassungen, aber sie haben eins gemeinsam:

Sie stellen das Gemeinsame in den Vordergrund, weil sie wissen: Spaltung in Ost- und Westdeutsche, in Junge und Alte, Arbeitende und Erwerbslose, Männer und Frauen, Deutsche und Migranten nützt nie den eigenen Interessen, sondern nur dem Kapital.

Und ein dritter Grund: die KandidatInnen der Linkspartei versprechen nicht das Blaue vom Himmel. Wählt uns und alles wird gut, ist nicht ihr Motto. Sie wissen, eine grundsätzlich andere Politik im Interesse der Mehrheit ist nur möglich, wenn die Kräfte gebündelt werden und die Allmacht und die Profitgier der Konzerne eingedämmt und überwunden wird. Wer den

Klare Haltung "Personalchefs setzen auf Schwarz-Gelb"

So titelte die „Frankfurter Allgemeine“ (FAZ) kürzlich. Ihr Bericht basierte auf einer „unveröffentlichten Umfrage unter knapp 300 Personalverantwortlichen“, von denen mehr als die Hälfte Personalleiter, etwa ein Zehntel Personalvorstände oder -direktoren seien. Allerdings sollen „alle Branchen“ mit dem Schwerpunkt „bei mit-



telständischen Unternehmen mit 100 bis 499 Beschäftigten“ vertreten gewesen sein. Die Antworten und Wünsche der Manager decken sich vielfach mit den Erfahrungen zahlreicher Betriebsräte der verschiedensten Branchen.

Die "Personalverantwortlichen" erwarten einen Regierungswechsel und zu ei-

ner „schwarz-gelben Koalition“, wie die FAZ feststellt. Damit einher gehen bei 85,3 Prozent der Befragten die Hoffnungen auf „eine Lockerung des Kündigungsschutzes“ und bei 83,9 Prozent auf „eine Ausweitung der Befristungsmöglichkeiten von Arbeitsverträgen.“ „Nur“ 80,4 Prozent halten die „Lockerung des Flächentarifs“ für wichtig und 70,6 Prozent gehen davon aus, dass mit Schwarz-Gelb die „Einführung eines Niedriglohnsektors“ verwirklicht wird. Demgegenüber erwarten lediglich 34,9 Prozent nach einem Regierungswechsel die „Einführung von Mindestlöhnen“.

Klar, die Personalchefs halten zu ihren Parteien – CDU/CSU und FDP. Und gerade von diesen erhoffen sie sich (nicht zu Unrecht) eine Verbesserung der eigenen Arbeitsbedingungen. Das heißt, sie wollen sich möglichst wenig mit den Betriebsräten „herumschlagen“, möchten allzu viel „Gedöns“ beim

Kündigungsschutz vermeiden und träumen von einer „atmenden Fabrik“, welche die Beschäftigten günstig „einkauft“ und alle „überflüssigen“ bei Bedarf wieder „ausspuckt“. So weit könnte es kommen, wenn die Schwarz-Gelben im Bundestag eine Mehrheit erhielten.

Horst Gobrecht

Renten Kürzung verordnet!

Im September soll ein neuer Bundestag gewählt werden. Von allen Parteien kommen nun Programme, in denen viel versprochen wird. Nur von den Renten hört man kaum etwas – höchstens, dass sie auch 2006 Jahr nicht angehoben werden und dass das Renteneintrittsalter erhöht werden soll. Tatsache ist, dass es auch in diesem Jahr keine Erhöhung gab, wohl aber eine Kürzung der Renten. Wenn diese auch gering war, so ändert das nichts daran, dass nicht wenige Rentner auf jeden Euro angewiesen sind.

Angeblich sei kein Geld da – heißt es immer wieder. Anders bei den Landtagsabgeordneten in Hessen. Sie haben ihre Bezüge erhöht und bekommen jeden Monat 6.628 Euro an Diäten. Und das nur, weil sie im Landtag sitzen. Viele Abgeordnete gehen noch einer regulären Arbeit nach und erhalten dafür auch noch Geld.

Alle Parteien, außer die Grünen, stimmten für die Diätenerhöhung. Dass CDU und FDP dafür waren, verwundert nicht. Beschämend ist das allerdings für die SPD, die ja angeblich für die kleinen Leute da sein will. Begründet wurde dies, es habe schon zwei oder drei Jahre keine Erhöhung mehr gegeben. Was sollen da die Rentner sagen? Bei der Wahl ist gut zu überlegen, wo das Kreuz gemacht wird.

Fritz Hamm

Kündigungsschutz und Mitbestimmung in Gefahr Abrissbirne der CDU

Mit Blick auf die vorgezogenen Bundestagswahlen warf die CDU schon früh ihre tiefschwarzen Schatten voraus. Selbst die unternehmerorientierte „Frankfurter Allgemeine“ überschrieb ihren Bericht am 14. Juni 2005 mit „CDU-Wirtschaftsrat verlangt Radikalreform“. Und sie brachte die Ziele dieses Spitzengremiums der CDU auf den Punkt: einerseits Kürzung der Sozialleistungen und Kehrtwende in der Tarifpolitik; andererseits Steuergeschenke an Reiche und Unternehmen. Was sich konkret dahinter verbirgt, ist vielleicht nicht sonderlich neu. Aber mit der Hoffnung der CDU auf einen Wahlsieg könnte das Programm ihres „Wirtschaftsrates“ schneller Wirklichkeit werden als erwartet.

Deshalb ist es wichtig, sich damit auseinander zu setzen. Denn vor allem die Beschäftigten sollen „bluten“. Während die Einkommensteuer auf höchstens 36 Prozent festgelegt und die Steuerlast der Unternehmen auf unter 30 Prozent gedrückt werden sollen – früher lagen beide bei weit über 50 Prozent –, wird gleichzeitig eine Anhebung der Mehrwertsteuer propagiert. Die breite Masse der Bevölkerung soll also mit ihrem tagtäglichen Konsum einen großen Teil der durch die Steuersenkungen verursachten Einnahmeausfälle von jährlich 61,2 Milliarden Euro ausgleichen, so die FAZ.

Zur „Belohnung“ für diese Umverteilung von unten nach oben werden die Beschäf-

tigten noch mancher Rechte beraubt. Der „CDU-Wirtschaftsrat“ fordert eine generelle Abschaffung des gesetzlichen Kündigungsschutzes für alle Neueinstellungen, unabhängig von der Betriebsgröße. Und auch die Mitbestimmung soll von der Abrissbirne der Christdemokraten nicht verschont bleiben. Allerdings reicht es nicht aus, die CDU – oder auch die FDP – bei der Bundestagswahl nur nicht zu wählen. Die DKP fordert einen grundsätzlichen Kurswechsel der Regierungspolitik. Denn nur dadurch läßt sich vermeiden oder zumindest erschweren, daß die Reichen im Galopp auf Kosten der Ärmeren und Armen immer reicher werden.

Horst Gobrecht

DKP im Visier Hetze gegen die Linkspartei

Immer mehr Wähler erkennen, dass die Linkspartei die einzige Alternative zur neoliberalen Politik der etablierten Parteien - von CDU/CSU über FDP, SPD bis hin zu den Grünen - darstellt. Sowohl die etablierten Parteien wie auch ein großer Teil der Medien scheuen die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Positionen der Linkspartei. Deshalb wird verstärkt auf Diffamierung gesetzt. Neben der Rufmordkampagne gegen Oskar Lafontaine hat die Bild-Zeitung nun die angebliche „kommunistische Unterwanderung“ entdeckt.

Tatsache ist: Die Deutsche Kommunistische Partei unterstützt die Offenen Listen der Linkspartei. Auch mit Kandidatinnen und Kandidaten. Auf den Offenen Landeslisten der Linkspartei mit mehreren Hundert Kandidaten - Mitglieder der Linkspartei, PDS, der WASG, ehemalige Grüne, parteilose Linke - stehen ganze 11 Mitglieder der DKP. Die Absicht der Bild-Zeitung ist offensichtlich: mit anti-kommunistischer Hetze sollen die Wähler von der Wahl der Linkspartei abgehalten werden.

Bezeichnenderweise wurden in den

Veröffentlichungen über die Kandidatur von Mitgliedern der DKP auf den offenen Listen der Linkspartei keine authentischen DKP-Positionen wiedergegeben: Keine der genannten Personen wurde befragt. Ihre wiedergegebenen Äußerungen wurden willkürlich aus dem Zusammenhang gerissen oder ganz verfälscht.

Die Bild-Zeitung berichtet, dass der DKP angehörige Kandidatinnen und Kandidaten seit Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Die DKP protestiert auf das Schärfste gegen diese verfassungswidrigen Praktiken des sog. Verfassungsschutzes. Wir fordern die sofortige Beendigung dieser Schnüffeleien und die Vernichtung der angelegten Akten.

Mit einer Fraktion der Linkspartei im Bundestag wird auch dort der Protest gegen die unsoziale Politik der etablierten Parteien erhoben und Alternativen zur Politik der Herrschenden zur Sprache kommen. Dies wird auch die außerparlamentarische Bewegungen stärken. Die Springerpresse und die hinter ihr stehenden gesellschaftlichen und politischen Kräfte fürchten diese Entwicklung zu Recht.

„Freiheitliche“ Neoliberale Kuscheltier

„Hochzufrieden“ zeigte sich der Bundesverband der Deutschen Industrie über die Vorhaben der FDP, des Koalitionspartners der CDU im Wartestand. Deshalb „profilieren“ sich die „freiheitlichen“ Neoliberalen vor allem durch wenig originelle Anbietung an ihr „Mutterschiff“. So zieht die FDP beim Kündigungsschutz und beim Tarifrecht mit der CDU am gleichen Strang.

Nur bei der Mehrwertsteuer gibt es scheinbar einen Unterschied zur Union. Während diese eine Erhöhung von 16 auf 18 Prozent zur Senkung der „Lohnnebenkosten“ zu nutzen vorgibt, möchte die FDP lieber gleich die Radikalkur, indem



die Bundesagentur für Arbeit komplett beseitigt wird. Gleichzeitig sollen staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Förderung von Altersteilzeit entfallen.

Außerdem soll die Krankenversicherung vollständig privatisiert werden. Und die Arbeitslosenversicherung sähe die FDP lieber als „reine Risikoversicherung“, die wohl am besten ebenfalls vollständig in die Hände der Versicherungskonzerne gelegt werden sollte. Die Beiträge sowohl zur Kranken- als auch zur Rentenkasse müssten die Beschäftigten dann auch weitestgehend alleine tragen.

Dieses Programm könnte von den „hochzufriedenen“ Unternehmern diktiert oder abgeschrieben worden

sein. Schon zu Zeiten der FDP-gestützten Kohl-Regierung standen solche Forderungen und Ziele der Unternehmen auf der Tagesordnung. Damals wie heute erwies sich die FDP als das Kuscheltier der Unternehmer: schön anschmiegsam, politisch äußerst pflegeleicht und immer zu gemeinsamen Sozialabbauräumen fähig und bereit.

Dalai Lama in Wiesbaden Fundamentalisten auf Staatsbesuch

Ende Juli war „Seine Heiligkeit“ der Dalai Lama zu Besuch in Wiesbaden. Anlass war die Verleihung des Hessischen Friedenspreises an ihn. Gewürdigt werden sollte sein „unermüdlicher Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit“ in seiner Heimat Tibet. Als Laudator fungierte der große „Friedensfreund“, der hessische Ministerpräsident Roland Koch, Befürworter der zahlreichen Irak-Kriege sowie des NATO-Überfalls auf Jugoslawien 1999. Das Preisgeld in Höhe von 25.000 Euro stammt aus Haushaltsmitteln des Landes Hessen. Böse Zungen behaupten, Herr Koch hätte das Geld wegen der Haushaltssperre einem Schwarzgeldkoffer entnommen.

Während der Dalai Lama wieder als der „nette Onkel“ verklärt wurde, verbirgt sich hinter seiner zur Schau getragenen religiösen Friedlichkeit ein zutiefst reaktionäres Weltbild: In der von ihm angestrebten politischen Ordnung regieren die Mönche das Land. Sie dürfen die Prügelstrafe anwenden und Urteile fällen. Vor dem Beginn der „chinesischen Herrschaft“ durfte

die Bevölkerung weder Lesen, Schreiben noch Rechnen lernen. Die „Behandlung“ von ernsten Krankheiten übernahmen Mönche mit unwirksamen religiösen Riten. Die Bevölkerung hatte willkürlich festgesetzte Abgaben zu leisten. Alles in Allem ein völlig inakzeptabler mittelalterlicher Zustand.

Keiner von denen, die dem Dalai Lama hier zugejubelt haben, würde freiwillig in einer solchen Gesellschaft leben wollen. Vom Demokratieverständnis mal ganz abgesehen: Was heißt denn „geistliches und weltliches Oberhaupt“? Nur einer völlig entmündigten Bevölkerung kann man ein solches zumuten. Der Rummel um den Dalai Lama zeigt aber wieder, dass es „gute“ und „schlechte“ religiöse Fundamentalisten gibt. Solange er Herrn Koch und Konsorten zur Imagepflege nützlich ist, gehört er zu den Guten.

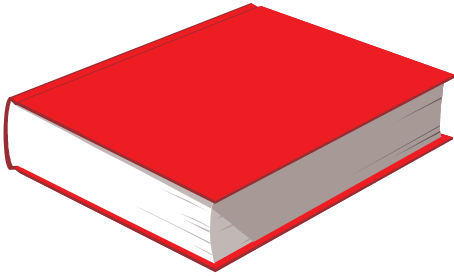
**Die Linkspartei wählen.
DKP**

Klaus Weidner

Buchtipp

Helmut Peters: CHINA zwischen Gestern und Morgen – Wohin geht China?

ISW-Report Nr. 61, 3 Euro



Der Autor, Prof. Dr. sc. Helmut Peters, Sinologe, arbeitete als Forschungsbereichsleiter an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED und als Leiter der Forschungen zur Volksrepublik China in der DDR. Seit den 1950er Jahren mehrere Studienaufenthalte und Tätigkeit als Diplomat der DDR in der VR China. Helmut Peters lebt heute als Rentner in Berlin.

Im der Einleitung zur Broschüre heißt es: „Zwei mögliche Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklung in der VR China kann der Autor ausmachen: die Her-

ausbildung einer Art Übergangsgesellschaft (national-demokratische Gesellschaft mit starken Elementen des Kapitalismus) auf dem Wege zum Sozialismus oder das Abdriften in eine bürgerliche Gesellschaft chinesischer Prägung (mit einem betonten Nationalismus, starken patriarchalisch-bürokratischen Zügen und ausgeprägten sozialen Widersprüchen).

Wohin entwickelt sich China? Gäbe es eine realistische Alternative zur Integration in den kapitalistischen Weltmarkt? Unter welchen Bedingungen kann und darf eine solche Integration nur erfolgen? Diese spannenden Fragen werden auch unter der Linken an Bedeutung gewinnen. Der Autor liefert mit seiner Arbeit, mit der Fülle an authentischen Informationen und Fakten einen wertvol-

len Beitrag zu einem wichtigen Diskussionsprozess. Er setzt damit auch einen Kontrapunkt zur Desinformationskampagne westlicher Medien.“ Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Andreas Bartl

Zu beziehen bei: ISW e.V., Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München, Telefon 089/130 041, Telefax 089/168 9415, E-Mail: isw_muenchen@t-online.de; Internet: <http://www.isw-muenchen.de>

Kirchhofs Ruhe

Die Berufung Kirchhofs in Merkels Kompetenzteam ist programmatische Verkündung. Der Steuerexperte plant als potenzieller Finanzminister hinter dem Nebelschleier "Steuervereinfachung" die größte steuerpolitische Umverteilung in der Geschichte der Bundesrepublik. Er will nicht nur Spitzenverdiener in neuen Dimensionen entlasten, sondern auch Aktionäre von der Dividendenbesteuerung befreien. Darüber hinaus soll die Gewerbesteuer abgeschafft und durch einen Zuschlag auf die Einkommensteuer ersetzt werden, zum Nutzen der Konzerne und Großbetriebe.

Damit wollen Kirchhof und Merkel endlich "Ruhe" in der Finanzpolitik schaffen. Es wird sich zeigen, ob dies gelingt. Ein Gradmesser für den Erfolg dieses Konzepts wird schon sein, ob die "Normalverdiener" sich tatsächlich zur Wahl von CDU/CSU und FDP bewegen lassen.

Fortsetzung von Seite 1

Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben. Und da hat Oskar Lafontaine wirklich recht: „Die Profiteure der Umverteilung von unten nach oben werden erst zurückweichen, wenn das Volk aufbegehrt.“

Darum kann die Stimmabgabe für die Linkspartei am 18. September nur der Anfang sein. Die harte Arbeit kommt danach, innerhalb und außerhalb des Bundestages. Darum kommt es nicht nur auf Ihre Stimme an, sondern auch auf Ihre kritische Mitarbeit zwischen den Wahltagen. Darum rufen wir als DKP-Mitglieder auf: Geben Sie der Linkspartei eine Chance und ihre Stimme.



Standpunkt - Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)
Kreis Wiesbaden, Werderstraße 8, 65195 Wiesbaden.
Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Hamm

Treffen der DKP Wiesbaden: an jedem ersten Donnerstag im Monat
um 19.30 Uhr im Infoladen Linker Projekte, Werderstraße 8, Wiesbaden.

DKP Hessen im Internet: <http://www.dkp-hessen.de>

UZ unsere zeit
zeitung der DKP

Probelesen?!

CommPress Verlag, Hoffnungstraße
18, 45127 Essen, Telefon 0201/
2486482, Fax 0201/202467. Oder:
<http://unsere-zeit.de>